



Antwort zur Anfrage Nr. 0248/2014 der SPD-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Bretzenheim betreffend **Verkehrsregelungsoptimierung der Straße "Am Ostergraben" im Bereich zwischen Einmündung "Jakob-Leischner-Straße" und Kreuzung "Essenheimer Straße" (SPD)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Welche Erfahrungen mit der Verkehrsregelung liegen der Verwaltung seit den letzten Ortsbeiratsanfragen (2010 und 2012) vor?

Wie bereits in der Stellungnahme aus dem Jahr 2010 dargestellt, ist der aktuelle Zustand zwar nicht vollumfänglich befriedigend, allerdings liegen der Verwaltung aus den Erfahrungen der letzten Jahre keine Hinweise auf ein auffälliges Unfallgeschehen vor. Der Metallverwertungsbetrieb hat auf seinem Gelände kaum Möglichkeiten, Aufstellflächen für rückstauende Fahrzeuge zu schaffen. Handlungsoptionen im öffentlichen Verkehrsraum, die den Anlieferungsbetrieb nicht unzumutbar beeinträchtigen oder Probleme an anderer Stelle hervorrufen, liegen ebenfalls nicht vor. Sowohl Verwaltung als auch Geschäftsführung des Metallverwertungsbetriebs streben daher eine Verlagerung des Standortes an eine andere Stelle an.

Trifft es zu, dass eine geplante rückseitige Verkehrsanbindung des Metallverwertungsbetriebs über eine Zufahrt in Höhe der Einmündung Ostergraben in die Jakob-Leischner-Straße vorerst nicht verwirklicht wird?

Eine kurzfristige Realisierung dieser angedachten Verkehrserschließung ist nicht möglich, da hierfür zuerst Baurecht geschaffen werden muss. Das Stadtplanungsamt wird aber zeitnah einen diesbezüglichen Aufstellungsbeschluss einleiten. Sofern das Verfahren im üblichen Zeitrahmen abgewickelt werden kann, könnte Baurecht so rechtzeitig geschaffen werden, dass eine Realisierung der Verkehrsanbindung bis zu Inbetriebnahme der „Mainzelbahn“ möglich ist. Parallel ist aber auch zu beachten, dass sich bei einer eventuellen Verlagerung des Metallverwertungsbetriebs neue Rahmenbedingungen ergeben und generell das Problem des Anlieferungsverkehrs auch ohne eine neue Verkehrsanbindung gelöst wäre.

Welche Gründe sprechen gegen eine zeitnahe Verwirklichung der rückseitigen Verkehrsanbindung?

Wie oben angesprochen, muss zunächst Baurecht geschaffen werden.

Wäre ein solcher Anschluss grundsätzlich auch als Zufahrt zur Straße „Am Heckerpfad“ denkbar?

Ja, er wäre sogar wünschenswert, da hierdurch die unübersichtliche Einfahrt in die Marienborner Straße entfallen würde.

Welche anderweitigen Lösungsmöglichkeiten sieht die Verwaltung, kurzfristig die zu erwartenden Probleme bei Baubeginn der Straßenbahntrasse zu entschärfen?

Wie das planende Büro in der Bürgerinformationsveranstaltung bereits dargestellt hat, erfordert der Ausbau des straßenbündigen Abschnitts der Marienborner Straße über einen längeren Zeitraum eine halbseitige Sperrung und eine einspurige Verkehrsführung in Richtung Süden. Während der Bautätigkeiten im unmittelbaren Umfeld des Metallverwertungsbetriebs müssen dort die Verkehrsabläufe vertieft betrachtet werden. Es wird voraussichtlich erforderlich sein, an anderer Stelle Aufstellflächen für Anlieferungsverkehre bereitzustellen. Die Verkehrsverwaltung ermittelt diesbezüglich zurzeit geeignete Flächenoptionen.

Sobald die Gleisverlegungsarbeiten dort abgeschlossen sind, wird sich hingegen die Situation vorübergehend gegenüber der gegenwärtigen Situation entspannen, da während der einspurigen Verkehrsführung kein Begegnungsverkehr zu erwarten ist.

Präzise Aussagen über die Verkehrsabläufe können getroffen werden, sobald die seitens der ausführenden Bauunternehmen einzureichenden Verkehrsführungspläne mit der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt wurden. Derzeit läuft hier noch das Vergabeverfahren.

Sind im Ortsteil Bretzenheim Gewerbeflächen vorhanden, die ggf. alternativ zur Nutzung durch die Metallverwertung angeboten werden können?

Eine Aussage, ob im Ortsteil Bretzenheim selbst Alternativflächen vorhanden sind, kann nicht pauschal getroffen werden, da jeder Standort im Hinblick auf die Emissionen des Betriebs geprüft werden muss. Zurzeit stehen besser geeignete Standortoptionen an anderer Stelle außerhalb Bretzenheims zur Diskussion.

Falls eine dauerhafte Lösung nicht denkbar erscheint, wurden auch provisorische Maßnahmen für die Dauer der Bauphase geprüft?

Wie oben bereits angesprochen, wird die Verwaltung für vorübergehend problematische Situationen während der Bauphase gemeinsam mit dem Vorhabenträger und den Baufirmen provisorische Lösungen erarbeiten.

Mainz, 04.02.2014

gez. Eder

Katrin Eder

Beigeordnete